

Entlastung!

Die zentralen Schwerpunkte der Industrie



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



WIRTSCHAFTSBILDUNG
Pilotprojekt startet im Herbst
an 30 Standorten

Seite 4



CYBER-SECURITY
Wie sich Unternehmen
vor Angriffen schützen können

Seite 2



BURGENLAND
Zwei Milliarden Euro für die
Klimaneutralität im Burgenland

Seite 10



(v.l.n.r.): Peter Koren (Vize-Präsident Industriellenvereinigung), Clemens Först (Vorstandssprecher Rail Cargo), Sonja Wallner (CFO A1), Robert Machtlinger (CEO FACC), Moderatorin Sarah Kriesche (ORF), Jochen Borenich (Vostand K-Businesscom), Alexander Naglik (Head of Digital Security & Architecture, Palfinger), Herbert Schindelka (IT Security Officer Wiener Stadtwerke Holding AG)

„Wir müssen unsere Claims abstecken, um autonom zu bleiben!“

Hermann Ludwig Moeller ist bei der ESA Direktor für Strategie und ließ bei seiner Keynote im Zuge des Round Table „Cybersecurity stärken“ aufhorchen. Zu diesem hatten Industrie und Innenministerium geladen.

Die erst wenige Tage zurückliegenden Vorfälle in Kärnten zeigen einmal mehr eindrucksvoll, wie relevant das Thema Cybersecurity wahrgenommen werden sollte. Die Fakten belegen: Die Zahl der Anzeigen wegen Internetkriminalität im vergangenen Jahr ist auf mehr als 46.000 gestiegen. Das bedeutet ein Plus von 29 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Aus diesem Grund lud die Industrie gemeinsam mit dem Innenministerium zum Round Table „Cybersecurity stärken“. Dabei betonte Innenmi-

nister Gerhard Karner die Wichtigkeit der Vernetzung. Sie sei im Kampf gegen Kriminalität im Netz essenziell. Ins gleiche Horn stieß IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Er gab aber zusätzlich die Stoßrichtung vor: „Österreich muss proaktiv sein, Bewusstsein stärken, Vorreiter sein, das bereits vorhandene Potenzial schützen und die sich neu ergebenden Möglichkeiten aktiv für sich nutzen!“

Um einen fachspezifischen Einblick in eben diese neuen und visionären Optionen zu liefern, konnte man mit Hermann Ludwig Moeller einen der führenden Experten Europas als Keynote-Speaker gewinnen. Der Direktor für die strategische Abteilung der ESA ließ in seinem Vortrag aufhorchen. Seiner

Überzeugung nach müssen wir unseren Fokus verstärkt auf modernes Satelliteninternet legen, um langfristig kompetitiv bleiben zu können. „Satelliteninternet kann das perfekte Backup sein, wenn alle anderen Internetdienste ausfallen“, so seine Überzeugung. Eben deshalb fordert er, dass Europa das Tempo erhöht, um nicht Elon Musk, den USA und China das Feld – oder eben das Weltall – zu überlassen. Moeller: „Wir müssen unsere Claims abstecken, um autonom zu bleiben.“ So seien wir in Europa zwar bereits in der Lage, dies zu tun, allerdings würde uns langsam die Zeit davonlaufen. Eben deshalb plädierte der ESA-Experte ebenso wie Minister Karner und IV-Vize Koren für eine maximale Vernetzung untereinander,

um so das tun zu können, was langfristig Sinn ergibt: Alle Kräfte Europas zu bündeln. Und nicht nur wehrhaft zu bleiben, sondern noch wehrhafter zu werden.



Hermann Ludwig Moeller (Head of Institutional and European Programmes, ESA)



Starke Achse mit Tschechien

Bei einem Besuch von IV-Präsident Georg Knill in Prag standen Energieversorgung, Infrastruktur und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

Gleich fünf Mitglieder der neuen tschechischen Regierung von Ministerpräsident Petr Fiala (ODS) traf IV-Präsident Georg Knill Anfang Mai bei seinem zweitägigen Besuch in Prag. Bei den Terminen mit Industrie- und Handelsminister Jozef Síkela standen die politischen und ökonomischen Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine im Mittelpunkt. Wie Österreich hat auch Tschechien eine ähnlich hohe Abhängigkeit von russischem Gas. „Wir müssen unsere gemeinsamen Interessen stärker bündeln und mitteleuropäische Allianzen bilden, um uns so besser Gehör verschaffen zu können“, betonte Knill, der

die Position der IV und der österreichischen Bundesregierung deutlich machte. Auch müssten neue Handelsabkommen, insbesondere mit den USA forciert werden, um Exportchancen zu erhöhen.

Autobahnlücken schließen – Fachkräftemangel beheben
Während des Treffens mit Verkehrsminister Martin Kupka wurde der Ausbau der Infrastruktur, etwa über eine bessere Bahnverbindung von Deutschland über Tschechien nach Wien sowie das Schließen offener Lücken zwischen den beiden Ländern erörtert. Bei den Autobahnen zwischen Prag und Linz sowie zwischen Brünn und Wien

besteht Handlungsbedarf. Zudem erklärte Kupka die Verwendung des europäischen „Recovery Programms“.

Beim Treffen mit Wissenschaftsministerin Helena Langšádlová gab es Übereinstimmung über den Mangel an Arbeitskräften in beiden Staaten und der Notwendigkeit, Maßnahmen dagegenzusetzen. Tschechien hat die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU.

Enge Beziehungen
„Die engen Beziehungen zwischen Tschechien und Österreich bilden das stabile Fundament für die ausgezeichnete wirtschaftliche Zusammenarbeit. Nach Deutschland

ist Tschechien der wichtigste Investitionsstandort“, bilanzierte Knill, der auch mit dem Präsidenten des Industrieverbands SPCR Jaroslav Hanák und dem Top-Management vom größten tschechischen Industriekonglomerat PPF zusammentraf.

Positive Handelsentwicklung
Der Warenhandel zwischen Österreich und Tschechien hat 2021 wieder deutlich an Fahrt aufgenommen: Die österreichischen Warenexporte nach Tschechien stiegen um 18,5% auf sechs Mrd. Euro, während die tschechischen Warenexporte nach Österreich um 29,2% auf 7,8 Mrd. Euro zulegten. Der Bestand österreichischer Direktinvestitionen beträgt 14,2 Mrd. Euro. Tschechien ist für Österreich die acht wichtigste Warenexportdestination. Die bilateralen Beziehungen sind auch auf regionaler Ebene eng: So gibt es etwa regionale Kooperationsprogramme wie „Healthacross“, bei denen Krankenhäusern in Niederösterreich und Tschechien zusammenarbeiten.

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICH-TSCHECHIEN AUF EINEN BLICK		
Warenhandel Ö – CZ (2021) Exporte nach CZ: EUR 6,0 Mrd. (+18,5%) Importe aus CZ: EUR 7,8 Mrd. (+29,2%)	Direktinvestitionen Ö – CZ (2021) Ö-FDI in CZ: EUR 14,2 Mrd. CZ-FDI in Ö: EUR 0,9 Mrd.	Dienstleistungshandel Ö-CZ (2021) Exporte nach CZ: EUR 1,5 Mrd. Importe aus CZ: EUR 1,4 Mrd.

Entlastung, die wirkt

Die Teuerung belastet Betriebe und Menschen – und braucht bessere Antworten als traditionelle „Hunderter“-Politik.

Mit einer Inflationsrate von acht Prozent hat Österreich im Mai zweifellos auch eine politische Schallmauer durchbrochen. Der Teuerung tatenlos zuzusehen ist definitiv kein politisches Programm. Das gilt freilich auch für die klassische „Hunderter“-Politik, bei der mit der Gießkanne öffentlichkeitswirksame, aber wenig nachhaltige Entlastung ausgeschüttet wird.

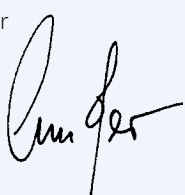
Um nicht missverstanden zu werden: Die Teuerung trifft viele Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich – hier muss klug, schnell und zielgerichtet unterstützt werden. Vorschläge dazu finden sich im von der IV mitgetragenen Sozialpartnerpapier gegen die Teuerung.

Darüber hinaus hat die Industriellenvereinigung ein Fünf-Punkte-Paket entwickelt, das Menschen und Betriebe entlastet – und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der energieintensiven Industrie sichert (sh. Coverstory). Das ist umso wichtiger, als der Herbst je nach weiterer Entwicklung in der Ukraine für den Standort Österreich ungeahnte Herausforderungen nach sich ziehen kann. Rechtzeitige Maßnahmen gegen die Teuerung sowie für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung machen den Unterschied.

Wirtschaftspolitischer Gradmesser für die Regierung muss jedenfalls auch die bestmögliche Planbarkeit für unsere Unternehmen

sein – gerade in fordernden Zeiten. Mit der Novelle zum Energielenkungsgesetz, das hoffentlich nie in Kraft tritt, ist es uns gelungen, eine gefährliche rechtliche Lücke zu schließen. Dadurch bekommen die betroffenen Unternehmen die dringend notwendige Rechtssicherheit und Stabilität, die sie für ihre unternehmerischen Entscheidungen brauchen.

Klar muss freilich auch sein, dass die Auswirkungen eines Lieferstopps für Gas aus Russland auf die Versorgungssicherheit und den Wohlstand in Österreich verheerend wären. Massiv betroffen wäre nicht nur die energieintensive Industrie, sondern auch KMU, Produktion und Lieferketten. Wir dürfen unsere eigene Energieversorgungssicherheit keinesfalls leichtfertig aufs Spiel setzen, indem wir den Energielenkungsfall durch Sanktionen selbst herbeiführen. Damit gefährden wir die Stabilität der Stromnetze, schädigen unsere Industrie und vernichten Arbeitsplätze. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir jetzt und in Zukunft in und für Österreich brauchen.

Ihr


Wien, 2. Juni 2022

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Wir werden ohnehin einen Paradigmenwechsel auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn die Arbeitskräfte wirklich fehlen, wenn die Pensionswelle beginnt. Es muss attraktiver werden, länger zu arbeiten.“

Gabriel Felbermayr,
Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts



„Die Inflation ist angebotsseitig getrieben, insofern muss der Staat schon aufpassen, dass er mit Entlastungen die Nachfrage nicht zu sehr stärkt, das könnte den Preisauftrieb noch einmal verstärken.“

Monika Köppl-Turyna,
Direktorin Eco Austria



„Technische Cyber-Angriffe nehmen stark zu, vor allem mit so genannten Ransomware-Angriffen ist viel Geld zu machen. Bewaffneter Bankraub? Das war einmal. Die Akteure agieren getarnt aus dem Darknet heraus. Beahlt wird mit einer Kryptowährung. Zwar weiß man, in welches Wallet, also in welche digitale Geldbörse das Geld fließt, aber man weiß nicht, wem sie gehört.“

Cornelius Granig,
IT-Sicherheitsexperte

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 2. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

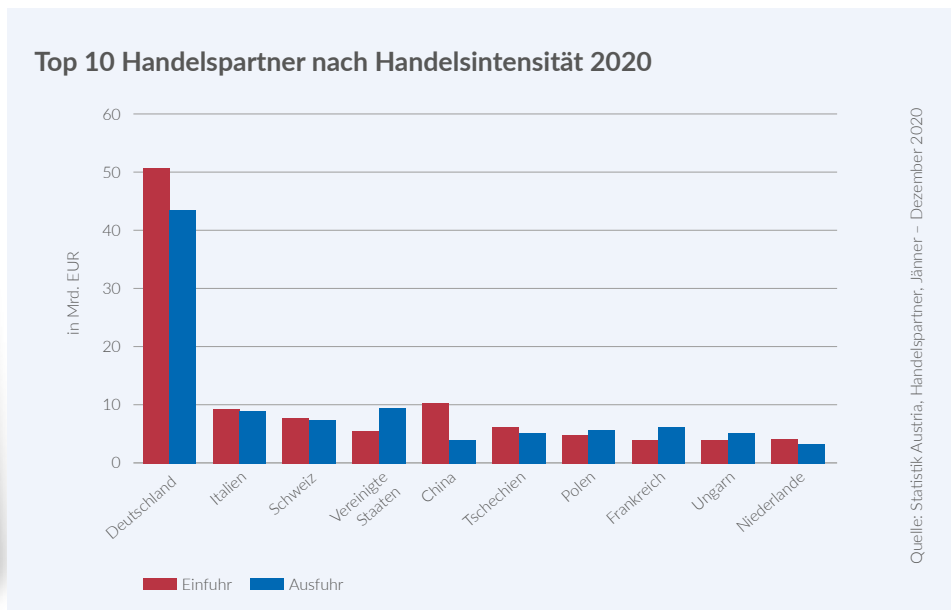
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Österreichs Unternehmen sind sehr exportorientiert – rund 56% des österreichischen BIP wird durch Exporte erwirtschaftet. 57% ist die Exportintensität der heimischen Industrieproduktion gemessen an ihrem Umsatz. Mit Abstand wichtigster Handelspartner für Österreich ist Deutschland: Im Zeitraum von 2017 bis 2021 erreichten die Exporte 226,4 Mrd. Euro und die Importe 274,9 Mrd. Euro. Besonders

die Automobilindustrie profitiert von den starken Handelsbeziehungen der beiden Länder: 75% des Exports der österreichischen Fahrzeugindustrie gingen 2019 ins europäische Ausland, davon 43% nach Deutschland. In Österreich ist die Fahrzeugindustrie drittstärkster Industriezweig mit einem jährlichen Umsatz von 18 Mrd. Euro bei 900 Unternehmen und einer Exportquote von knapp 90%.



ZAHL DES MONATS

67%

der Unternehmen waren in den letzten 12 Monaten Opfer eines Cyberangriffs (lt. KPMG Cyberstudie Mai 2022).

Cybersicherheit ist kein Zukunftsthema mehr, sondern eine zentrale Herausforderung im unternehmerischen Alltag. Cyberangriffe sind im vergangenen Jahr um fast 30 Prozent angestiegen, die Attacken werden professioneller und etwa jedes zweite Unternehmen war bereits mit Internetkriminalität konfrontiert. Die Bedrohung ist real und richtet jährlich Schäden in Millionenhöhe an. Cybersecurity wird zum relevanten Wettbewerbsfaktor. Um die Resilienz der heimischen Betriebe in diesem Bereich zu stärken, braucht es zum einen gut ausgebildete und verfügbare Fachkräfte und zum anderen eine verstärkte kooperative Zusammenarbeit aller beteiligten Stakeholder. Österreich muss proaktiv sein, Bewusstsein stärken, Vorreiter sein, das bereits vorhandene Potenzial schützen und die sich neu ergebenden Möglichkeiten aktiv für sich nutzen.

Stiftung Wirtschaftsbildung: Wirtschaft als Teil der Grundbildung in der Sekundarstufe I

Wie künftig das Verständnis von Wirtschaft und Finanzen an Schulen vermittelt werden kann.

Am 25. Mai fand das Kick-off des Schulpilots Wirtschaftsbildung der Stiftung Wirtschaftsbildung im Haus der Industrie statt. Nach den Begrüßungsworten, unter anderem von Bildungsminister Martin Polaschek, und der Vorstellung der Schulpilot-Schulen fand eine Podiumsdiskussion zu Wirtschaftsbildung der Zukunft statt.

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung wurde 2020 von der IV, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, der Erste Stiftung, der Innovationsstiftung für Bildung, der MEGA Bildungstiftung, der Österreichischen Nationalbank sowie der Arbeiterkammer ins Leben gerufen. Es freut uns, dass die Stiftung Wirtschaftsbildung mit diesen sieben Gründungspartnerorganisationen so breit aufgestellt ist.

Ziel der Stiftung für Wirtschaftsbildung ist die langfristige Verankerung von wirtschaftlichen Bildungsinhalten in der schulischen und außerschulischen Allgemeinbildung. Schüler sollen dazu befähigt werden, mündig, kritisch, selbstständig, verantwortungsbewusst und kompetent an der Entwicklung und Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft mitzuwirken. Sie sollen durch die Vermittlung von Life Skills und unternehmerischem Denken auf die Zukunft vorbereitet werden, unabhängig von ideologischen Vorstellungen oder Vorgaben.

Um den Lehrern qualitätsgeprüftes Lehr- und Lernmaterial zur Verfügung zu stellen, hat die IV die Plattform „Wirtschaft erleben“ in die Stiftung eingebracht. Die Website wird von der Stiftung kuratiert und soll Pädagogen aller Schulen der Sekundarstufe I die Suche nach geeignetem Lehrmaterial erleichtern.



Hintere Reihe v.l.n.r.: Mag. Philip List, Mag. Doris Pfingstner, Yvonne Temmel, Mag. Mariana Kühnel, BM Ao. Univ. Prof. Dr. Martin Polaschek, Matthias Reisinger, Jakob Calice, PhD, Dr. Mariella Schurz; Vordere Reihe v.l.n.r.: Mag. Ilkim Erdost, Mag. Maggie Childs, MMag. Martina Piok, ao Univ. Prof. Mag. Dr. Christian Friesl

Schulpilot Wirtschaftsbildung
Durch den von der Stiftung für Wirtschaftsbildung organisierten Schulpilot Wirtschaftsbildung, der mit den ersten 30 Pilotschulen mit dem Schuljahr 2022/23 in der 5. Schulstufe startet, unterstützt die Stiftung österreichische Schulen der Sekundarstufe I bei der Etablierung des didaktischen Schwerpunktes Wirtschaftsbildung. Lebensnahe Wirtschaftsbildung soll in der schulischen Allgemeinbildung gestärkt und verbreitet werden.

Der Wirtschaftsschwerpunkt kann entweder als eigenes Fach oder als fächerübergreifende Projektwochen über die Dauer von vier Jahren umgesetzt werden. Die teilnehmenden Schulen werden mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket

durch die Stiftung unterstützt. Dieses enthält neben Fortbildungen auch Schul-Coachings und finanzielle Förderungen. Außerdem plant die Stiftung regional ansässige Unternehmen in Schulprojekte aktiv miteinzubeziehen. Die konkrete Umsetzung wird derzeit erarbeitet.

Im Herbst 2022 ist eine Bundesländertour geplant, um mit potenziellen Schulpilotschulen für die nächste Phase in Kontakt zu

treten und den Austausch mit regionalen Stakeholdern wie Bildungsinitiativen und regionalen Unternehmen zu ermöglichen. Die österreichweite Tour startet am 28. September in Vorarlberg und endet am 20. Oktober im Burgenland.

Interessierte Mitglieder sind herzlich eingeladen für nähere Informationen Marina Wittner aus der Abteilung Bildung und Gesellschaft oder die Stiftung direkt zu kontaktieren.



IN DER SCHULE FÜRS LEBEN LERNEN

DIE STIFTUNG FÜR WIRTSCHAFTSBILDUNG AUF BUNDESLÄNDERTOUR

Spannende Schulen und Projekte kennenlernen und mit anderen Gestalter:innen aus Bildung und Wirtschaft vernetzen.

Start: 16:00 - 18:00 Uhr

stiftung-wirtschaftsbildung.at

Region	Datum
Feldkirch	28.09.
Innsbruck	29.09.
Salzburg	06.10.
Linz	06.10.
Klagenfurt	12.10.
Graz	13.10.
St. Pölten	18.10.
Eisenstadt	20.10.

IV Gas Infopoint: Mitgliederservice in der Energiekrise

Dritter Gasinfopoint mit hunderten Unternehmen

Die mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine deutlich verschärfte Energiekrise erfordert ein besonderes Maß an transparenter Kommunikation durch die verantwortlichen Stellen, allen voran des BMK. Die IV hat frühzeitig und nachdrücklich diese Information im Sinne der Planungssicherheit der Unternehmen eingefordert. In der Folge konnten im Rahmen von drei sogenannten „Gas-Infopoints“ die relevanten Stakeholder aus dem Bereich der öffentlichen Hand, der Energieversorgung sowie die Regulierungsbehörden mit österreichischen Industrieunternehmen vernetzt werden. Dabei wurde aus erster Hand über

aktuelle Einschätzungen im Bereich der Gasversorgung sowie aktuelle regulatorische Aspekte und geplante Logistik informiert und die Gelegenheit gegeben, drängende Fragen unmittelbar an die verantwortlichen Personen und Stellen zu richten.

Die aktuelle Energiekrise kam unerwartet. Dementsprechend gab es enormen Kommunikationsbedarf zwischen den Verantwortlichen im Bereich der Gasversorgung und den Gasverbrauchern. Die Industriellenvereinigung hat dieses Informationsdefizit erkannt und rasch ein niederschwelliges Format zum Informationsaustausch

und zur Vernetzung geschaffen. Ziel war es, auch in unsicheren Zeiten der Industrie durch einen unbürokratischen Informationsaustausch ein möglichst hohes Maß an Planungssicherheit zu ermöglichen. Die großartige Resonanz, bei allen drei der bisherigen Gas Infopoints, bestätigt die Relevanz des Formates.

Auch im Bereich der Krisenbewältigung hat sich die IV in den vergangenen Monaten maßgeblich bei der Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen eingebracht, womit insbesondere hinsichtlich der Gasbevorratung deutliche Fortschritte

erzielt wurden. So wurde bei der Überarbeitung des Energielenkungsgesetzes die Einführung von geschützten Gasmengen für Unternehmen erreicht. Zusätzlich konnte im Zuge der Novelle Rechtssicherheit in Bezug auf Entschädigungen im Energielenkungsfall hergestellt werden. Mit der Novellierung des Gaswirtschaftsgesetzes wurde erstmals eine strategische Gasreserve beschlossen. Dabei sollen bereits im November 2022 12,6 TWh an gespeichertem Gas als strategische Sicherheit zur Verfügung stehen. In einem weiteren Schritt soll diese strategische Reserve noch ausgeweitet werden.

Standortasset HTL stärken

Die HTL (Höhere Technische Lehranstalt) verkörpert eine der drei zentralen Säulen zur Sicherung des Innovationsnachwuchses in Österreich. Mehr als die Hälfte des höher qualifizierten Technikpersonals hat die Berufsausbildung an der HTL erworben, deutlich mehr als an Fachhochschulen und Universitäten gemeinsam. Aus Sicht der Industrie stellt die HTL daher ein Asset der Extraklasse am Technologie-Standort Österreich dar.

Als langjährige Promotorin der Techniksulen hat die IV Ende Mai erneut zu einem informellen Austausch mit ausgewählten Vertretern dieses Schultyps aus ganz Österreich geladen. Durch die Fortsetzung dieses strategischen Dialogs unter Schirmherrschaft von IV-Präsident Georg Knill und mit einem Input von Franz Reithuber, dem Vorsitzenden der HTL-Direktoren in Österreich, konnten die aktuell wichtigsten Herausforderungen direkt mit den Schulen diskutiert und mögliche Lösungsszenarien

aus Praxisperspektive gespiegelt werden. Auf ganz besonderes Interesse stießen die Themen Schulverwaltung und Vernetzung, plus 20 Prozent MINT-Ziel der Bundesregierung, strategische Ausbildungswahl der Jugend sowie Frauen und Technik. Die IV wird die Learnings des Dialogs mit Nachdruck in die politische Diskussion einbringen. Denn nicht zuletzt im Lichte des demografischen Wandels muss alles unternommen werden, um den so wichtigen Schultyp der HTL in Österreich weiter zu stärken.



IV-Präsident Georg Knill

6. Summit Industrie 4.0: Digitalisierung und Industrie 4.0 als Treiber eines resilienten und nachhaltigen Standorts

Am 30. Mai 2022 fand der sechste Summit Industrie 4.0 unter dem Motto „digital:regional“ mit rund 300 Teilnehmern im Wiener Rathaus statt. Auf der Agenda der diesjährigen Jahreskonferenz der Plattform Industrie 4.0 stand der Beitrag von digitalen Technologien und Industrie 4.0 zu einem resilienten und nachhaltigen Standort. Neben Keynotes von Professor Heiko Paulheim (Universität Mannheim) zu künstlicher Intelligenz und Karin Huber-Heim (Circular Economy Forum Austria) zu Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung stand unter anderem die Präsentation von Industrie 4.0 use cases auf dem Programm. Zudem lieferten Vertreter des heurigen Partnerlandes Niederlande wertvolle Inputs, wie Wertschöpfungsnetzwerke in Europa durch Datasharing

entstehen können, zur Bedeutung von Halbleitern und wie der Fachkräftemangel durch Initiativen wie die Smart Makers Academy adressiert werden kann. Bei der Pressekonferenz im Vorfeld des Summits betonte Stefan Ehrlich-Adám, geschäftsführender Gesellschafter der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH und Präsidiumsmitglied der Industriellenvereinigung Wien, die Bedeutung der Digitalisierung für die österreichische Industrie und deren Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit. „Der Einsatz von Schlüsseltechnologien bietet enorme Hebel für die digitale und grüne Transformation und ist entscheidend für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas“, so Ehrlich-Adám, „zum Gelingen dieser doppelten Transformation braucht die Industrie die Unterstützung der Politik.“



V.l.n.r.: Sigrig Stagl, Florian Haas, Christoph Neumayer, Gerlinde Layr-Gizycki, Gabriele Maria Straka, Cornelia Diesenreiter und Paul Schmitzberger

Nachhaltigkeit – vom Schattendasein in die Vorstandsetage

Am 23. Mai fand die gemeinsam von der Industriellenvereinigung, dem Zukunft.Frauen Alumnae Club und dem All EYES on Women-Network von EY Österreich initiierte Veranstaltung „Nachhaltigkeit – vom Schattendasein in die Vorstandsetage“ statt. Christoph Neumayer, Gerlinde Layr-Gizycki und Helen Pelzmann eröffneten den Abend und begrüßten gemeinsam die zahlreich erschienen Gäste im Großen Saal des Hauses der Industrie. Der Fokus der hochkarätigen Veranstaltung mit drei Impulsreferaten von Cornelia Diesenreiter, CEO Unverschwendet, Jasmin Soravia, geschäftsführende Gesellschafterin bei Kollitsch & Soravia Immobilien GmbH und

Paul Schmitzberger, CEO des Start-ups Blue Planet Ecosystem, lag primär auf der ökologischen Nachhaltigkeit, betrachtete das Thema aber aus unterschiedlichen Perspektiven. In der anschließenden Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass Nachhaltigkeit sowohl auf Makro- als auch Mikroebene ein zentrales Thema der nächsten Jahrzehnte sein werde. Vor allem aus wirtschaftlicher Perspektive hätten Innovationen und neue Technologien sowie Kooperationen und Ökosysteme große Bedeutung erlangt.

Ein ausführlicher Nachbericht findet sich hier: <https://bit.ly/3msrFu5>



Roland Sommer, Jochen Danninger, Leonhard Schneemann, Gerhard Hirczi, Henriette Spyra, Stefan Ehrlich-Adám, Peter Schleinbach

Exzellenzuniversitäten als Wettbewerbsfaktor um die besten Köpfe und Ideen

Wie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen zu mehr Exzellenz führt, war beim 4. Hochschulpolitischen Dialog im Haus der Industrie ebenso Thema wie notwendige Maßnahmen für einen exzellenten Innovationsstandort.

Um den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, lud die IV gemeinsam mit TU Austria (TU Wien, TU Graz und Montanuniversität Leoben) zum 4. Hochschulpolitischen Dialog. Das Thema lautete „Exzellenzuniversitäten als Wettbewerbsfaktor um die besten Köpfe und Ideen“. Dabei diskutierten Vertreter aus Unternehmen, Hochschulen und Politik über den Weg zu exzellenten Universitäten und dafür notwendige Rahmenbedingungen. Gerhard Rödel, „DRESDEN-concept“, stellte in seiner Keynote Meilensteine der erfolgreichen Entwicklung des Universitätsstandortes Dresden zur Exzellenzuniversität dar.

Starke strategische Partnerschaften zwischen Hochschulen und Industrie

Notwendig sei die Zusammenarbeit innerhalb der Universitäten, aber auch mit externen

Akteuren wie Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen, stellten die Teilnehmenden fest. Unverzichtbar, um zu exzellenten Lösungen zu kommen und Schnittstellen zwischen universitären und industriellen Fragestellungen sichtbar zu machen, sei der Dialog zwischen Industrie und Universitäten. Dies auch, um die Anzahl der am Markt erfolgreich umgesetzten Innovationen aus der universitären Forschung zu steigern.

Exzellenz in Qualifizierung, Digitalisierung und Innovation

Exzellente Innovationen für die Zukunft entstünden nicht im luftleeren Raum. Daher brauche es die Wissenschaft als starken Partner, betonte IV-Präsident Knill in seinem Statement. Aus Sicht der Industrie erfordert dies Exzellenz in drei Dimensionen – der Qualifizierung, der Digitalisierung und der Innovation. Die österreichische Exzellenzinitiative ist ein klares Commitment der Politik dazu.



Beim Hochschulpolitischen Dialog am 24.5.2022 im Haus der Industrie nahmen teil (v.l.n.r.): Sybille Reichert (Reichert Consulting), Stefan Poledna (TTTech Auto), Georg Knill (Industriellenvereinigung), Harald Kainz (TU Austria & TU Graz), Birgitta Schultze-Bernhardt (TU Graz), Katharina Schröder (TU Wien), Maria Scholl (APA), Gudrun Feucht (IV), Sabine Seidler (TU Wien & TU Austria), Maximilian Richter (BMBWF), Elke Standeker (TU Austria) und Wilfried Eichlseder (TU Austria & Montanuniversität Leoben).

Unser Entlastungspaket für Österreich

Der Standort braucht dringend ein Entlastungspaket. Die Industriellenvereinigung bringt klare Vorschläge, was die Regierung jetzt tun muss.

Die Teuerung hat mit bisher acht Prozent einen absoluten Rekordwert erreicht, denn: Das ist der höchste Wert seit September 1975. „Wir erleben heuer eine echte ökonomische Zeitenwende. Menschen und Betriebe müssen schnell entlastet werden“, fordert IV-Präsident Georg Knill. Um kostendämpfende Entlastung mit Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden, haben die Experten der Industriellenvereinigung ein 5-Punkteprogramm geschnürt. Die Maßnahmen auf einen Blick:

1. Kalte Progression abschaffen

Das Problem ist bekannt: Jedes Mal, wenn Unternehmen eine Lohnerhöhung auszahlen, nascht der Staat bei gleichbleibenden Tarifstufen überproportional mit. Die aktuelle kalte Progression trifft alle Einkommensstufen gleichermaßen. Für IV-Präsident Georg Knill steht außer Frage: „Die Abschaffung der kalten Progression darf keine weitere Umverteilung bedeuten, sondern muss für alle im gleichen Ausmaß erfolgen.“ Das obere Fünftel der Einkommensempfänger (Bruttoeinkommen ab 3.400.- Euro) ist bereits jetzt 77% des Lohn- und Einkommensteueraufkommens verantwortlich. Für die Abschaffung der kalten Progression gibt es unterschiedliche Modelle (sh. Kasten). Die Industrie präferiert das so genannte „Richtwertmodell“, weil dieses dem Gesetzgeber den meisten Spielraum lässt und eine Entlastung der Unternehmen ermöglicht. Nach den Berechnungen der Industriellenvereinigung ist damit für eine durchschnittliche Familie eine Entlastung von rund 800 Euro für das heurige Jahr möglich. Die Entlastung würde sich im darauffolgenden Jahr verdoppeln. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer unterstreicht: „Es ist in unserem Interesse als Arbeitgeber, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen – und nicht der Staat am meisten davon profitiert.“

2. Kaufkraft stärken

Ein zweiter wichtiger Hebel zur Entlastung der Menschen ist aus Sicht der Industriellenvereinigung die gezielte Stärkung der Kaufkraft. Neumayer: „Dies hat bereits bei den Corona-Prämien 2020 und 2021 gut funktioniert.“ Vor diesem Hintergrund fordert die Industriellenvereinigung die Einführung einer steuerfreien Mitarbeiterprämie. „Wir entlasten damit Angestellte treffsicher und erhöhen die Preisstabilität“, so IV-Präsident Knill. Die Prämie soll in der Höhe von etwa 3.000.- Euro eingeführt werden und sozialversicherungs- und steuerfrei sein.

3. Strompreis kompensieren

Bereits 14 EU-Staaten, darunter Deutschland, unterstützen ihre Betriebe mit einer zielgerichteten Strompreiskompensation. Knill: „Es ist definitiv ein Wettbewerbs- und Standortnachteil für Österreich, dass unsere Regierung das noch nicht getan hat.“ Die Industriellenvereinigung fordert daher statt Zahlungen im Gießkannen-Stil eine gezielte Unterstützung für energieintensive Unternehmen im Ausmaß von 200 Millionen Euro. „Durch diese beihilferechtlich rechtskonforme Unterstützungsmaßnahme werden indirekte CO₂-Kosten der stromintensiven Industrie ersetzt“, erläutert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

4. Behaltefrist umsetzen

Die Diskussion wurde bereits gestartet, an der Umsetzung fehlt es noch: Die Befreiung von Wertpapieren von der Kapitalertragssteuer (KESt) bei gleichzeitiger Wiedereinführung einer Behaltefrist soll laut Finanzminister rasch realisiert werden. Während die Wiener Börse in den vergangenen Jahren für eine Behaltefrist von einem Jahr plädierte, sprach sich die Versicherungsbranche für eine Behaltefrist von mindestens fünf Jahren aus. Die heimische Bevölkerung hat zum Thema eine klare Position: Zwei Drittel halten die Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Alters- und Pensionsvorsorge dienen, für versteckten Pensionsraub. „Die Umsetzung der Behaltefrist würde das Interesse von jungen Menschen an Aktien, Wertpapieren oder Anleihen für individuellen Vermögensaufbau und die private Altersvorsorge deutlich erhöhen – und wäre ein wirksames Programm gegen die Geldvernichtung durch die hohe Inflation“, so IV-Generalsekretär Neumayer.

5. Arbeit entlasten

Entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Österreich ist die Entlastung des Faktors Arbeit. Die Industriellenvereinigung drängt daher auf eine Senkung der Lohnnebenkosten. Denkbar sind dabei zwei Modelle: Keine unmittelbare Belastung des Bundesbudgets brächte eine Senkung des Unfallversicherungsbeitrags, während die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds Auswirkungen auf das Budget hätte. „Entscheidend für unsere Betriebe ist, dass die Arbeitskosten sinken. Das wirkt gegen die Teuerung, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und stärkt die Beschäftigung im Land – und genau darum muss es uns jetzt allen gehen“, bilanziert IV-Präsident Georg Knill.

„Es ist in unserem Interesse als Arbeitgeber, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen – und nicht der Staat am meisten davon profitiert.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



Kalte Progression: Modelle im Vergleich

Schweizer Modell

Die Kalte Progression wird über eine Indexierung der Tarifstufen und der Abzüge (z. B. Kinderabzug, Doppelverdienerabzug) ausgeglichen. Zentraler Ansatzpunkt für die Indexierung ist die Inflationsrate. Die Tarifstufen und die Abzüge werden jährlich an den Verbraucherpreisindex angepasst.

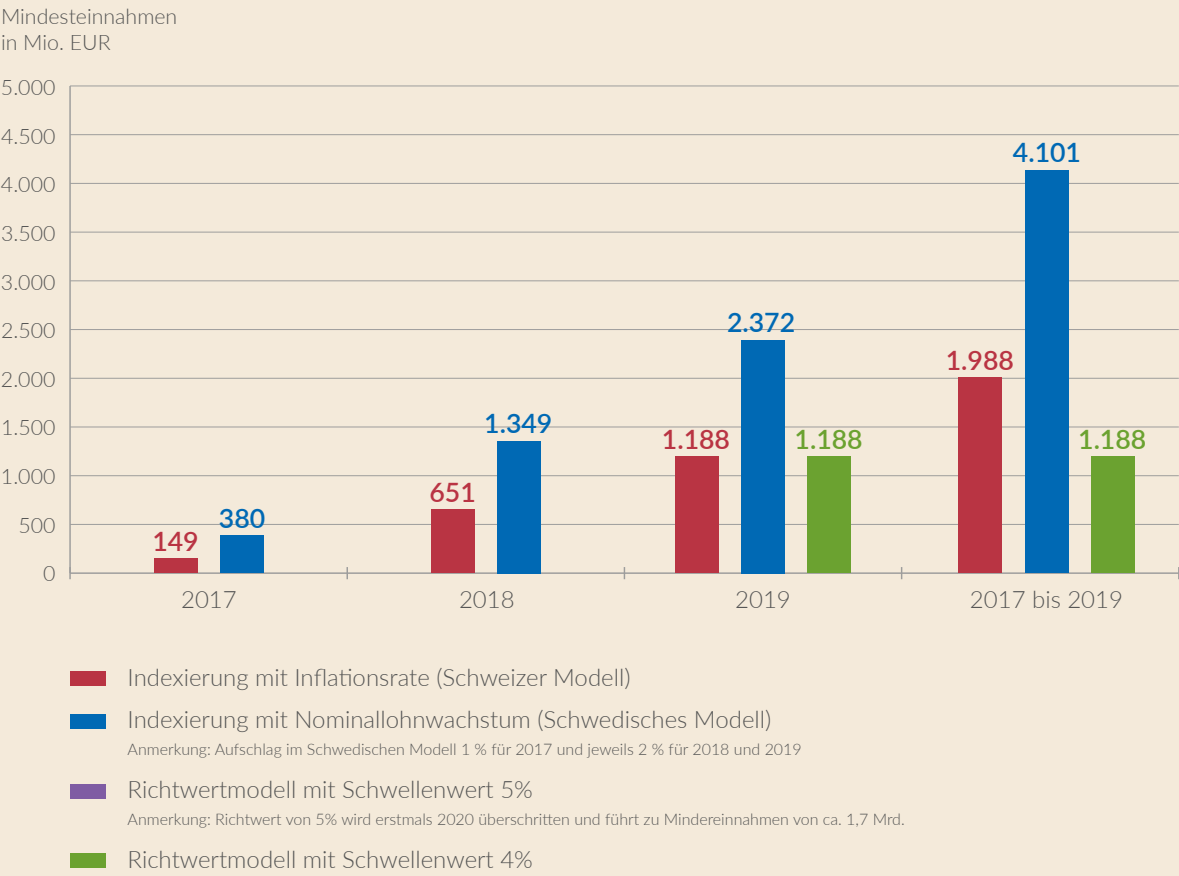
Schwedisches Modell

Die Kalte Progression wird durch Indexierung der Tarifstufen sowie der Abzüge ausgeglichen. Die Indexierung erfolgt auf Basis der Inflationsrate und berücksichtigt zudem einen fixen Faktor zur Annäherung an die nominelle Lohnentwicklung. Die Regelung sieht eine Indexierung der Tarifstufen um die Veränderung des Konsumentenpreisindex und einem fixen Aufschlag von zwei Prozentpunkten vor, wobei die Abzüge nur mit der Inflationsrate und ohne Aufschlag indexiert werden.

Richtwertmodell

Das Richtwertmodell sieht eine Indexierung des Steuertarifs erst dann vor, wenn die kumulierte Teuerung einen gesetzlich festgelegten Schwellenwert überschreitet. Das überarbeitete Regierungsprogramm 2017/2018 sah vor, dass ab einer kumulierten Inflation von fünf Prozent die ersten beiden Tarifstufen von 11.000 EUR und 18.000 EUR automatisch indexiert werden.

Simulierte Kosten für Österreich bei Anwendung der einzelnen Modelle



Quelle: Budgetdienst des österreichischen Parlaments

IV-Erfolg bei Novelle des Energielenkungsgesetzes

Die Novelle des Energielenkungsgesetzes bringt betroffenen Unternehmen die dringend notwendige Rechtssicherheit und Stabilität, die sie für ihre unternehmerischen Entscheidungen brauchen. Unternehmens-eigene Gasreserven anzulegen war für die heimischen Industriebetriebe bisher ein nicht kalkulierbares Risiko. Denn für den Ernstfall, also einer Drosselung oder gar einem Stopp

der russischen Gaslieferungen, waren die rechtlichen Rahmenbedingungen bisher unklar. So hätte der Staat in einem Energielenkungsfall auf betriebliche Reserven zugreifen können – ohne jegliche Kompensationsmaßnahmen für betroffene Unternehmen leisten zu müssen. Dank der Novelle gilt nun betrieblich gespeichertes Gas im Ausmaß von 50 Prozent des Jahresverbrauchs als sogenannte

„geschützte Menge“, auf welche nur in definierten Ausnahmefällen zugegriffen werden kann. Die Kosten für Kaufpreis und Einspeicherung müssten dann jedenfalls ersetzt werden. Darüber hinaus wurde eine allgemeine Entschädigungsbestimmung für Vermögensschäden aufgrund von Lenkungsmaßnahmen aufgenommen, wie sie zuvor nur für Kohle und Öl vorgesehen war.

Bildungspolitik: Was gut gelungen und was dringend zu tun ist

Erfolge und prioritäre Handlungsfelder aus Sicht der Vorsitzenden des IV-Ausschusses, Christine Schwarz-Fuchs



Christine Schwarz-Fuchs, Sie sind seit Herbst 2020 Vorsitzende des IV-Bildungsausschusses. Was ist aus Ihrer Sicht in der Bildungspolitik im letzten halben Jahr gut gelungen?

Erfreulich ist die Einführung des neuen Pflichtgegenstands „Digitale Grundbildung“ an den Mittelschulen und AHS-Unterstufen. Dafür hat sich die IV stark eingesetzt, denn Digital Skills sind in der

modernen Lebens- und Arbeitswelt unabdingbar. Wir begrüßen auch den aktuellen Erlass von Bildungsminister Polaschek zur “abgemilderten Aufstiegs Klausel”, der ein Aufsteigen in die nächste Klasse trotz mehrerer Fünfer nicht mehr möglich macht. Das hat nämlich in der Praxis viele Jugendliche davon abgehalten, eine Lehrstelle in der Industrie anzustreben.

Ein weiterer Erfolg ist die Gründung der Stiftung für Wirtschaftsbildung auf Initiative der IV gemeinsam mit Erste Stiftung, Arbeiterkammer, OENB, Innovationsstiftung für Bildung, MEGA Bildungstiftung und WKÖ. Die Stiftung hat erst im Mai die Einführung eines Schulpiloten zur Wirtschaftsbildung an 30 Schulen in Österreich präsentiert. Besonders freut mich, dass im Bereich Elementarbildung mit der neuen 15a-Vereinbarung nicht nur die finanziellen Mittel aufgestockt, sondern auch Weichen für den Ausbau der Kindergarten-Plätze und der Verlängerung der Öffnungszeiten gestellt wurden. Die Elementarbildung ist nicht nur erste Bildungsinstitution, sondern zentral für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und letztlich auch Hebel für die Gewinnung von Fachkräften.

Was gibt es aus Ihrer Sicht im Bildungsbereich noch zu tun?

Der Fachkräftemangel ist eine große Herausforderung in der Industrie. In der Bildungspolitik muss alles darangesetzt werden, nach Corona die Bildungsdefizite aufzuholen und künftig zu verhindern. Dazu zählt insbesondere die Grundbildung durch die mittlere Reife qualitativ zu verbessern und das Image der Lehre bei Jugendlichen und Eltern zu heben. Gleichzeitig müssen die Weiterbildungsmöglichkeiten nach einer Lehre erweitert werden, etwa durch neue Angebote von Lehre mit und nach Matura. Nicht zuletzt gilt es den für die Industrie wichtigen Schultyp der HTL langfristig abzusichern.

In der Elementarbildung sehen wir noch Verbesserungspotenzial. Wir brauchen mittelfristig bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Kinderbildung und -betreuung. Zusätzlich muss die lang angekündigte Ausbildungsoffensive für Pädagogen im Elementarbereich gestartet

werden. Denn sonst wird es schwierig, die Qualität zu heben, die Gruppengrößen zu verkleinern und den Betreuungsschlüssel zu verbessern.

Worauf setzen Sie in Ihrer Arbeit im Bildungsausschuss ?

In jeder unserer Sitzungen behandeln wir topaktuelle und durchaus brisante bildungspolitische Themen und diskutieren diese mit Experten der Politik und Wissenschaft. So hatten wir in unserer Mai-Sitzung beispielsweise den Integrationsexperten Kenan Güngör zu Gast, der Szenarien zu den Strömen der Ukraine-Flüchtlinge und deren Implikationen für Bildung und Arbeitsmarkt aufzeigte. Besonders am Herz liegt mir die Elementarbildung. Es freut mich sehr, dass hier durch unser Engagement einiges in Bewegung gekommen ist.

ZUR PERSON

Mag. Christine Schwarz-Fuchs ist Geschäftsführerin der Buchdruckerei Lustenau. Seit 2019 ist die gebürtige Lustenauerin Vizepräsidentin der IV-Vorarlberg sowie seit 2020 Gast im IV-Bundesvorstand.

Seit Herbst 2020 ist sie Vorsitzende des IV-Bildungsausschusses mit den Arbeitsschwerpunkten Elementarbildung und Schule, Wirtschaftsbildung, berufliche Bildung inkl. Fachkräfte und Lehre sowie Hochschulbildung.

Am 1. Jänner 2022 übernahm sie die Funktion der Präsidentin des Bundesrats. Dabei legt sie einen besonderen Fokus auf die Stärkung des ländlichen Raums, Lösungen für den Fachkräftemangel sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

FACTBOX

15a Vereinbarung

Die Art.15a-BVG Vereinbarung über die Elementarpädagogik regelt die Finanzierung und Aufgabenziele in der Elementarbildung und -betreuung zwischen Bund und Ländern. Die Inhalte der neuen 15a-Vereinbarung, die bis 2026/27 gilt, wurde am 20.5.2022 in der Landeshauptleutekonferenz präsentiert. Geregelt werden der Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungsplätzen, die frühsprachliche Förderung sowie beitragsfreie Besuchspflicht im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt.

Die wichtigsten Ziele auf einen Blick

- Flächendeckender Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebots: Insbesondere sollen neue Plätze für Unter-Dreijährige geschaffen und der Fokus auf noch unterversorgte Regionen gelegt werden. Damit soll das Barcelona-Ziel erreicht werden, das eine Betreuungsquote für Unter-Dreijährige von 33 Prozent vorsieht. Derzeit beträgt sie laut aktueller Kindertagesheimstatistik 27,6 Prozent.
- Die Öffnungszeiten sollen verlängert und flexibler werden, damit diese mit einer Vollbeschäftigung der Erziehungsberechtigten vereinbar sind. Zusätzlich sollen auch für Randzeiten Angebote bereitstehen. Die frühsprachliche Förderung soll weiter ausgebaut werden.
- Laut Vereinbarung soll damit bis 2026/27 insgesamt eine Milliarde Euro in elementare Bildungsangebote fließen. Das entspricht einer Anhebung der Mittel um 40 Prozent. Zudem soll den Bundesländern flexibel mehr Geld für den Ausbau von Standorten oder die Sprachförderung zur Verfügung stehen

IV-Einschätzung

Mit der aktuellen 15a-Vereinbarung werden wichtige Teilziele erreicht. Die Forderung nach bundesweiten Mindeststandards etwa bei Gruppengröße oder Personalschlüssel festzulegen ist am Widerstand der Länder gescheitert. In der 15a-Vereinbarung bekennen sich die Länder jedoch dazu, bei künftigen Elementarpädagogik-Konferenzen gemeinsam einen Vorschlag über Qualitätsmindeststandards zu erarbeiten. Außerdem wird der Bund im Sinne von mehr Transparenz künftig einen jährlichen Bericht über die Umsetzungsfortschritte der Länder veröffentlichen.

Dennoch bleibt für eine qualitätsvolle Kinderbildung und -betreuung ab dem ersten Geburtstag noch viel zu tun. Dazu braucht es auch ein schrittweises Aufschließen Österreichs auf den EU-Schnitt von ein Prozent des BIP. Berechnungen zeigen, dass die Kosten schon kurzfristig zu zwei Dritteln mit zusätzlichen Einnahmen durch erhöhte Erwerbsbeteiligung und mehr Privatkonsum) gedeckt werden können.

Leaders Circle: Junge Industrie trifft Industriellenvereinigung

J I-Bundesvorsitzender Matthias Unger hat erstmals zum Leaders Circle ins Haus der Industrie eingeladen. Der Tag wurde von den Vorständen der JI-Landesgruppen nicht nur genutzt, um sich untereinander auszu-

tauschen, sondern vor allem auch um sich mit zentralen Entscheidungspersonen der Industriellenvereinigung zu vernetzen.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen wurde zuerst mit IV-Präsident Georg Knill und

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer über aktuelle politische und wirtschaftliche Herausforderungen diskutiert. Anschließend wurden diese Gespräche mit IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren sowie IV-Chefökonom Dr. Christian Helmenstein vertieft. Themen waren unter anderem die energiepolitische Lage in Österreich, die direkten und indirekten Herausforderungen durch die Ukraine-Krise, die Notwendigkeit von Wachstum und Wohlstand sowie Zukunftsperspektiven von Exportstrategien.

Gerade in dieser durch Krisen und großen Herausforderungen geprägten Zeit war dieser Dialog und das persönliche Treffen besonders wichtig. Synergien zu nutzen und voneinander zu lernen sind wesentliche Säulen unserer guten Zusammenarbeit.



Wir wollen es wissen

Wozu gibt es Wissenschaft, Statistik und Fachkompetenzen, wenn politische Entscheidungen am Ende realitätsfern getroffen werden?

Als Junge Industrie wünschen wir uns eine weitsichtige und faktenbasierte Politik. Oftmals fragt man sich jedoch, auf welcher Entscheidungsgrundlage Projekte, budgetäre Ausgaben und sonstige politische Anweisungen getroffen werden. Mit dem, was unsere Gesellschaft, unsere Industrie oder Österreich als Standort braucht, hat das manchmal recht wenig zu tun. Leider.

Bestes Beispiel sind wieder einmal die Ergebnisse der 15A-Vereinbarung zum Thema Elementarpädagogik. Investitionen in die frühkindliche Betreuung und Bildung unterstützt erwiesenermaßen die Kindesentwicklung sowie die elterliche Arbeitsmarktteilnahme - und sind damit wesentlicher Standortfaktor. Die neue Kindergartenmilliarde ist da zwar quantitativ ein richtiger Schritt, lässt aber notwendige strukturelle Maßnahmen außen vor. Es fehlen hochwertige einheitliche Qualitätskriterien, ausgeweitete Öffnungszeiten und flexible Modelle. Auch eine einheitliche transparente Bedarfserhebung von Kindergartenplätzen oder ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung wurde erneut nicht aufgegriffen. Für unseren Standort, aber vor allem für Eltern in unserem Land eine verpasste Chance. Wieder einmal.

Wissenslücken und Transparenzmängel haben zur Folge, dass kein, ein falsches oder unterschiedliches Wissen erlangt wird. Außerdem schürt es das Misstrauen gegenüber der Politik. Auf der anderen Seite brauchen wir datenbasierte und realitätsnahe Entscheidungen, damit unser Standort wettbewerbsfähig, generationengerecht und vertrauenswürdig bleibt. Deshalb setzen wir uns als Junge Industrie dafür ein.

Solche Fragen sind wichtig, die faktenbasierten Taten dann umso mehr: Etwa die Abschaffung der kalten Progression zur Bekämpfung der Teuerung oder die Befreiung von Wertpapieren von der Kapitalertragssteuer bei gleichzeitiger Wiedereinführung einer Behaltefrist als positiven Effekt für die Gesamtwirtschaft. Das ist dann Aufgabe der Politik.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

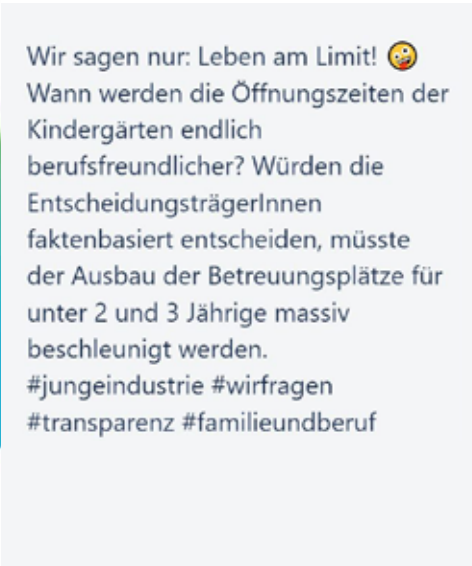


Die Junge Industrie fragt sich...

Wozu gibt es Wissenschaft, Statistik und Fachkompetenzen, wenn politische Entscheidungen am Ende realitätsfern getroffen werden? In vielen Bereichen können politische Maßnahmen nicht nachvollzogen werden, weil es an wissenschaftlichen Grundlagen fehlt oder diese nicht ausreichend transparent gemacht werden.

Mit der JI Social Media Kampagne wollen wir solche gesellschaftsrelevanten Themen und politischen Entscheidungen, die uns unlogisch oder realitätsfremd erscheinen, hinterfragen. Denn es braucht eine Politik, die einen wettbewerbsfähigen, florierenden und vertrauenswürdigen Standort schafft. Das inkludiert ein Bildungssystem, das die wichtigen alltagsrelevanten Kompetenzen vermittelt; ein Pensionssystem, das generationengerecht ist; Digitalisierungsprojekte, die uns fit für die Zukunft machen; Standortentscheidungen, die unsere Wirtschaft nachhaltig stärken; Vereinbarkeitsmaßnahmen, die uns nicht vor die Wahl zwischen Karriere und Familie stellen und vieles mehr.

Dazu ist aber mehr Aufklärung bei gesellschaftsrelevanten Wissensbereichen und mehr Transparenz bei Entscheidungsfindungen nötig. Es braucht nachvollziehbare und korrekte Daten und Fakten, damit Maßnahmen und Strategien der Politik realitätsnah getroffen werden können und den tatsächlichen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Maria Schmidt-Iankova, Marlena Mayer. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Auch am Boden kann man Solarpaneele montieren.



Stephan Sharma berichtet über die aktuelle Energie Situation.

Zwei Milliarden Euro für die Klimaneutralität im Burgenland

Die Energiekrise samt ihren Nebenwirkungen wie mangelnde Versorgungssicherheit und extrem hohe Energiepreise bringt besonders die Industrie in eine prekäre Situation. Die IV-Burgenland hat deswegen einen Arbeitskreis Energie unter der Leitung des Burgenland Energie-Vorstandsvorsitzenden Stephan Sharma ins Leben gerufen, um die Mitgliedsunternehmen bei diesem Thema optimal zu begleiten und zu informieren.

Die iv positionen sprachen mit Stephan Sharma über die Pläne im Burgenland und seine Wünsche, um diese Pläne auch umsetzen zu können.

Die Kickoff-Veranstaltung zum neuen Arbeitskreis Energie fand auf dem Green Tech BioCampus statt. Was war die Hauptbotschaft bei der Wahl dieser Location?

Der GreenTech BioCampus ist für uns ein Herzensprojekt. Wir wollen dort denen, für die wir die Energiewende machen – unseren Kindern – zeigen, wie die Energiewende möglich ist. Mit Photovoltaik, mit Windenergie. Und wir wollen zeigen, dass diese Energiewende Spaß machen kann. Die Energie der Zukunft ist sauber, vor Ort vorhanden, unbegrenzt erzeugbar – und sie macht Spaß, weil sie mit der Natur und nicht gegen die Natur arbeitet.

Ohne Industrie, Forschung und Entwicklung ist die Energiewende nicht möglich. Damit diese gelingt, braucht es von politischer Seite dringend Unterstützung in Form von geeigneten Rahmenbedingungen. Was wünschen Sie sich in Österreich und im Burgenland in dieser Beziehung am dringendsten?

Die Bereitschaft, etwas zu tun. Wir haben alles in unseren Händen: Wir haben die Technologie, wir haben die Möglichkeiten. Aber wir müssen anfangen. Wir müssen den Menschen den Weg zur Energieunabhängigkeit näherbringen und ihnen auch preislich attraktive Möglichkeiten bieten. Ich würde mir wünschen, dass wir mehr anpacken und nicht ständig darüber reden, warum etwas vielleicht doch nicht geht.

Eine nationale Energieautarkie, auch eine burgenländische, (welche für Europa nie

formuliert wurde) ist aus vielerlei Gründen in absehbarer Zeit nicht erreichbar. Emissionsfreie Alternativen sind gefragt. Welche politischen Entscheidungen sind nötig, um einen raschen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen?

Wasserstoff hat insbesondere für die Industrie einen hohen Stellenwert, da er für die Dekarbonisierung von nicht elektrifizierbaren Prozessen eingesetzt werden kann. Beispiele dafür sind die chemische Industrie oder die Stahlerzeugung. Aktuell wird dafür zu meist Kohle oder Erdgas genutzt. Hier sollte die Politik attraktive Rahmenbedingungen für regional erzeugten, grünen Wasserstoff schaffen. Damit könnte man nämlich industriepolitisch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Dekarbonisierung der Industrie und Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Rohstofflieferungen aus dem Ausland.

Die gesteigerte Integration erneuerbarer Energien bringt aufgrund ihrer volatilen Verfügbarkeit die Stromnetze an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Wie sind die Pläne der Burgenland Energie, um den Netzaufbau voranzutreiben?

Wir bauen unser Stromnetz von einem zentralen Energiesystem auf ein dezentrales um, damit jeder die Möglichkeit hat, seinen Strom und seine Wärme lokal selbst zu produzieren. Dazu braucht es neue Stromleitungen, Umspannwerke und Trafostationen. Um das Netz im Burgenland fit für diese Aufgabe zu machen, werden bis 2025 rund 470 Millionen Euro investiert. Dies ist absolut erforderlich, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die vermehrte erneuerbare Einspeisung zu den Verbrauchern zu bringen.

Speichermethoden, die auch industrietauglich sind, würden enorme Abhilfe schaffen, um die nötige Ausgleichsenergie bereitzustellen. Landeshauptmann Dörflinger hat neuartige Stromspeicher für das Burgenland in Aussicht gestellt. Können Sie uns etwas über die Wirkungsweise, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit solcher Speicher erklären?

Ende Mai haben wir gemeinsam mit dem Landeshauptmann und unserem Technologiepartner unsere Speicherstrategie vorgestellt.

Unsere Analysen zeigen, dass wir eine Speichergröße von rund 300 MWh mit einer Leistung von rund 100 MW brauchen. Wichtig ist mir ganz besonders, dass wir auch hier einen konsequenten Weg mit einer organischen Technologie, also weg von teuren Metallen und konfliktbeladenen Materialien gehen. Wir sollten uns nämlich nicht in die nächste Abhängigkeit begeben. Die Wirtschaftlichkeit soll durch multifunktionale Verwendung gewährleistet werden, da Speicher unterschiedliche Funktionen, wie die Stabilisierung des Netzes, den Schutz von kritischer Infrastruktur und einer autonomen Energieversorgung haben können.

Das Burgenland ist mit seinem Anteil von bilanziell 113 Prozent an der Stromaufbringung über die Windkraft Vorbild bei den Erneuerbaren. Jetzt will man mit Photovoltaikanlagen auch in die Freifläche gehen. Die neuerdings raschen Verfahren und ausgewiesenen Bebauungszonen würden das erlauben. Die Bevölkerung fürchtet aber um ihre Äcker und die Versorgung mit Lebensmitteln. Wie argumentieren Sie da?

Ohne Flächen-PV-Anlagen erreichen wir nicht die Energieunabhängigkeit von ausländischen Öl- und Gasimporten. Ich warne davor, nicht ein zweites Mal einen großen Fehler in der Energiepolitik zu machen und in dieser Abhängigkeit zu bleiben. Es ist die unbequeme Wahrheit, dass Dach-, Carport- und Lärmschutz-PV-Anlagen nicht ausreichen. Für die Flächen-PV brauchen wir nur 0,68 % der Landesfläche von Burgenland, also 27 Quadratkilometer. Im Vergleich dazu liegen 82 Quadratkilometer Ackerfläche im Burgenland brach. Wir können also die landwirtschaftliche Produktion steigern, die Energieunabhängigkeit erreichen und die Energiesicherheit mit Flächen-PV steigern. Und niemand braucht sich Sorgen um die Versorgung mit Lebensmitteln wegen PV-Anlagen machen.

Außerdem sind vernünftige PV-Anlagen nicht gegen die Natur oder die Landwirtschaft, sondern mit der Natur und der Landwirtschaft. Wir unterstützen jede Idee zu Agri-PV – ob das Bienenstöcke, Anbauflächen oder Schafe sind.

Die Energiewende bedeutet für Unternehmen einen gewaltigen Investitionsbedarf. Wie könnte die Politik da unterstützen?

Wir brauchen als Unternehmen nicht viel. Wir haben nur den Wunsch an alle politischen Parteien in diesem Land, dass man sich nicht nur öffentlich zum Ausbau von Wind und PV bekennt, sondern auch tatsächlich diesen aktiv unterstützt. Dazu gehören vor allem in Zeiten wie diesen, wo die Energiekosten explodieren, raschere Genehmigungen für die Errichtung von Erneuerbaren-Anlagen ohne parteipolitische Diskussionen. Denn jede einzelne Anlage macht uns ein Stück mehr unabhängig von den Öl- und Gasimporten aus dem Ausland. 50 % unseres Energiebedarfs, also 7 TWh importieren wir heute aus dem Ausland.

Um bilanzielle Energieunabhängigkeit und nicht nur Stromunabhängigkeit bis 2030 zu erreichen, braucht das Burgenland, laut Ihren Aussagen, zusätzliche 350 Windräder, 2700 ha PV-Anlagen und 300 MWh Speicherkapazitäten. Wie soll das in dieser kurzen Zeit umgesetzt werden und wer soll das bezahlen?

Wir brauchen hier Kostenwahrheit. Wir als Burgenland bezahlen aktuell für die Öl- und Gasimporte, vor allem an Russland, jährlich rund 400 Millionen Euro. Wir können so weitermachen wie bisher und jährlich an das Ausland für die Importe zahlen. Oder wir investieren das Geld selbst in unsere eigene Wirtschaft und machen uns so langfristig unabhängiger und nicht erpressbar. Damit würden wir nachhaltig unseren eigenen Wirtschaftsstandort stärken.

Wir als Burgenland Energie haben uns das Ziel gesetzt, einen großen Beitrag zur Klimaneutralität im Burgenland bis 2030 zu leisten. Dafür haben wir uns eine neue Strategie mit Investitionen von zwei Milliarden Euro bis 2025 auch vom Aufsichtsrat genehmigen lassen. Das ganze Team in der Burgenland Energie arbeitet mit Hochdruck, dieses Ziel auch zu erreichen und die dafür notwendigen Anlagen auch auf den Boden zu bringen. Danke an dieser Stelle auch an alle Mitarbeiter:innen, die für dieses Ziel tagtäglich alles geben.

Fachkräftemangel? Ausbilden im Rahmen der Umweltstiftung

AMS-Chefin Helene Sengstbratl über die neue Umweltstiftung und deren Chancen für Unternehmen und Arbeitssuchende

Durch die Arbeitsstiftung sollen 40 AMS-Kunden für umweltschonende Bereiche und Green Jobs ausgebildet werden. Was ist das Besondere an diesem Modell?

Das Stiftungsmodell zeichnet sich dadurch aus, dass sich alle angebotenen Ausbildungen exakt am tatsächlichen Bedarf der Unternehmen orientieren. Die Betriebe sagen, welche Job Description gefragt ist und die Stiftung modelliert die passende Qualifizierung. Dadurch sind sämtliche Ausbildungen so arbeitsmarktnah wie möglich angelegt. Die Umweltstiftung hat seit April 2022 ein Budget von zehn Millionen Euro, um gemeinsam mit Betrieben Menschen als Facharbeiter_innen auszubilden. Gesucht werden sowohl Unternehmen, die in Zukunftsberufen Personalbedarf haben und ausbilden wollen, als auch Arbeitssuchende, die die Chance ergreifen wollen und ihrem Leben einen neuen Kick geben.

Welches langfristige Ziel steht dahinter?

Die Stiftung ist ein Beitrag, um das große Ziel der österreichischen Klimaneutralität zu erreichen. Dazu braucht es wirtschaftliche Impulse in vielen Bereichen, wie etwa in der Heiz- und Klimatechnik, im Bau und der Sanierung. Das klappt nur, wenn ausbildungsmäßig und finanziell investiert wird. Österreichweit sollen 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus ist die Stiftung auch ein Baustein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Berufsliste der möglichen Ausbildungsberufe ist daher sehr lang. Auch klassische Industrierufe können ausgebildet werden, wie etwa Prozesstechniker_in, Mechatroniker_in, Fertigungstechniker_in, Anlagen- und Betriebstechniker_in, Energietechniker_in, Elektrotechniker_in, Metalltechniker_in oder Betriebslogistikkaufmann/frau.

Wie funktioniert die Stiftung im Detail, was wird gefördert?

Vom Helferjob bis zur Hochschulausbildung ist alles möglich. Konkret werden Fachhelfer und -helferinnenausbildungen genauso wie Ausbildungen mit außerordentlichem Lehrabschluss, bis hin zu Hochschulausbildungen, etwa im Architekturbereich, gefördert. Zehn Plätze sind für Frauen reserviert, die einen außerordentlichen Lehrabschluss machen wollen.

Begonnen werden muss bis spätestens Ende März 2025, alle Qualifizierungen sollen bis 2030 abgeschlossen sein. Stiftungsträger ist die Aufleb-GmbH, im Burgenland wird die Umweltstiftung durch den Träger AGAN und die Projektmanagement-GmbH Team 4 umgesetzt. Die Auszubildenden werden durch Case-Management und Coaching unterstützt.



Helene Sengstbratl informierte den IV-Burgenland-Vorstand über das neue Stiftungsmodell.

Die Umweltstiftung – ein Überblick



Was müssen interessierte Betriebe beachten?

Eine Hauptaufgabe der Umweltstiftung ist es, Unternehmen mit konkretem Personalbedarf zu finden. Teilnehmende Betriebe müssen über eine entsprechende Lehrberechtigung verfügen, einen monatlichen Beitrag an die Stiftung und

die Auszubildenden zahlen und schließlich dazu bereit sein, die neu Qualifizierten in ein vollversichertes Dienstverhältnis zu übernehmen. Als ersten Schritt sollen sie sich am besten an das Service für Unternehmen im AMS unter der Telefonnummer 050904 140 wenden.



Warum ist Technik nicht sexy?

Fragt man junge Menschen nach ihren Berufswünschen, kommt zuerst ein langes Nachdenken. Und dann gehen die Träume in Richtung Manager, Marketing und öffentlicher Dienst. Eine Lehre in einem Industrieunternehmen oder ein technisches oder naturwissenschaftliches Studium steht ganz weit unten auf der Wunschliste. Es findet sich auch bei den Eltern nicht auf dem Radar.

Im Land der Ingenieure grassiert seit langem eine Technikskepsis. Gerade in Zeiten, wo dringend Lösungen für den Klimawandel oder wirksame Mittel gegen Krankheiten gesucht werden, zieht man sich gedanklich in seinen Schrebergarten zurück und verteufelt Technik und Chemie.

Ohne Technik und Naturwissenschaften werden wir aber weder die Energie-Transformation schaffen, wirksame Medikamente und Therapien erforschen, noch die Weltbevölkerung ernähren können. Keiner wird die Photovoltaikanlagen montieren oder wirklich brauchbare Speichertechnologie erfinden. Die IT hat in jedem Bereich unseres Lebens Einzug gehalten, trotzdem fehlen die Fachkräfte an allen Ecken und Enden. Und das, obwohl technische Berufe ein Einkommen garantieren, mit dem man gut auskommt.

Warum ist also Technik nicht sexy für die Jugend und was kann man dagegen tun?

Ein wichtiger Hebel ist es, Frauen für diese Berufe zu gewinnen. Das ist ein Bohren harter Bretter, aber schon aufgrund des demografischen Wandels unabdingbar. Sogar junge Frauen, die sich für eine HTL-Ausbildung entschieden haben, schwenken nach der Matura in ganz andere Branchen um! Deshalb organisieren wir seit vielen Jahren den FIT-Sprungbrett-Tag in unseren beiden HTLs, um den jungen Damen die Lust auf Technik auch nach der Matura zu erhalten.

Aber die Experimentierfreudigkeit muss bereits bei den Kindergartenkindern entfacht und forciert werden! Spielerische Begegnungen mit Naturwissenschaft und Technik fallen in diesem Alter auf fruchtbaren Boden. Auch hier und in den Volksschulen engagieren wir uns seit langem.

Die große Frage, wie man die Eltern von den Berufen mit Zukunft und dem spannenden Gebiet der Technik überzeugen kann, ist weitestgehend unbeantwortet. Die Politik wäre hier dringendst gefragt!

Technik und Naturwissenschaft sind sexy – und der Gamechanger unserer Zeit!

Ihr

Manfred Gerger,
Präsident der IV-Burgenland



iv-positionen

BURGENLAND



7500 Besucher waren von den vielen Themen begeistert.

Eine Nacht für die Forschung

Nach über zwei Jahren Pause ging am 20. Mai die Lange Nacht der Forschung wieder als Präsenzveranstaltung über die Bühne und zeigte, wie vielfältig die Forschungslandschaft im Burgenland ist.

An insgesamt 13 Standorten und 85 Stationen zeigte man Forschungsprojekte, neue Technologien und wissenschaftliche Erkenntnisse. 7.500 Besucher waren an den spannenden Aufgaben der Forscher interessiert.

Ich schau Dir in die Augen, Kleines!

Auch die burgenländische Industrie machte Forschung erlebbar und sichtbar. In Neusiedl am See öffnete Markus Bohrer von Dr. Bohrer Lasertec GbmH seine Pforten und führte das breite Spektrum der Lasertechnologie vor.

Hier ist die Mikro- und Nanowelt schon längst Alltag. Lasergravuren und -schnitte - dünner als ein menschliches Haar - sorgen für präzise Druckformen für Produkte aus unserem täglichen Leben wie etwa Banknoten, bedruckte Textilien oder Tuben, Becher und Dosen mit feinsten Aufdrucken. Darüber hinaus hat sich die Dr. Bohrer Lasertec GmbH zuletzt immer stärker in der Elektromobilitätsindustrie im Rahmen eines großen EU-Projektes etabliert. Neue Fertigungsverfahren werden Europa unabhängiger machen und die Regionen stärken.

In der Lange Nacht der Forschung wurden Lasergravieren und Laserschneiden praktisch demonstriert und Gäste durften ein individuelles Erinnerungsstück mit nach Hause

nehmen. Und als Highlight konnte man mit dem Rasterelektronenmikroskop einer Fliege ins Auge schauen und die Schuppen auf der Haarwurzel einer Wimper sehen.

Warum gleitet ein Ski?

In der Landesregierung in Eisenstadt zeigte Isosport Verbundteile GmbH, wie man Thermoformen mit Kunststoffen herstellt. Fragen, wie denn ein Ski aufgebaut ist oder warum er auf Schnee gleitet wurden gut verständlich beantwortet. Vor allem die kleinen Forscher hatten beim Formen von Hubschraubern und Schneeflocken besondere Freude.

Für eine Nacht in die Rolle des Forschenden schlüpfen: Diese Möglichkeit hatten Besucher bei der österreichweiten Lange Nacht der Forschung auch an der FH Burgenland und Forschung Burgenland in Pinkafeld und Eisenstadt.

In Eisenstadt öffnete das neue Forschungsgebäude Informatikum der Forschung Burgenland seine Türen. Passend zu den dort angesiedelten Forschungsthemen drehte sich dort alles um Digitalisierung, erneuerbare Energien und Energiewende. In Pinkafeld luden die Forscher in die Laborhalle und in die Forschungsgebäude Energetikum und Lowergetikum.



Viel los bei Dr. Bohrer Lasertec.